

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher

Abg. Oskar Lipp

Abg. Volker Bauer

Abg. Florian Köhler

Abg. Benjamin Adjei

Abg. Martin Stümpfig

Abg. Michael Hofmann

Abg. Martin Behringer

Abg. Anna Rasehorn

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Ich rufe den **Tagesordnungspunkt 12** auf:

Beratung der zum Plenum eingereichten Dringlichkeitsanträge

Zur Beratung rufe ich auf:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier, Martin Böhm u. a. und Fraktion (AfD)

Bayerns Kernkraftwerke für den Wiedereinstieg in die sichere, günstige und umweltfreundliche Kernkraft erhalten! (Drs. 19/2654)

Ich eröffne die Aussprache und erteile dem Herrn Abgeordneten Lipp das Wort.

(Beifall bei der AfD)

Oskar Lipp (AfD): Sehr geehrter Herr Vizepräsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Mit unserem Dringlichkeitsantrag der AfD-Fraktion "Bayerns Kernkraftwerke für den Wiedereinstieg in die sichere, günstige und umweltfreundliche Kernkraft erhalten!" gibt es eine Antwort auf eine der bedeutendsten Fragen unserer Zeit. Wir wollen den Wiedereinstieg in die deutsche Kernkraft und technologischen Fortschritt. Wir haben die Chance, Bayerns Kernkraftwerke jetzt zu erhalten und bald wieder zu reaktivieren. Damit schaffen wir eine sichere, umweltfreundliche und günstige Energieversorgung.

(Beifall bei der AfD)

Der Bayerische Landtag möge die Tatsachen anerkennen: Der Ausstieg aus der Kernkraft hat unsere Energieversorgung verknappt und enorm verteuert. Der Ausstieg bedroht nicht nur unsere Lebensgrundlagen,

(Tim Pargent (GRÜNE): Können Sie keine Zahlen lesen, oder was?)

sondern auch unsere Lebensverhältnisse und Arbeitsbedingungen in Bayern. Eigentlich kann man den Bereich der Lebenswelt auslassen. Seit 2011 sind die Strompreise

für die Industrie um circa ein Viertel gestiegen. Die Strompreise für die privaten Haushalte sind um circa zwei Drittel gestiegen. Deutschland gehört bedauerlicherweise zu den Ländern mit den höchsten Stromkosten der Welt. Bayern, einst ein Netto-Strom-exporteur, ist nun ein Netto-Stromimporteur. Diese Entwicklung ist leider besorgniserregend. Sie ist das direkte Ergebnis der politischen Fehlentscheidungen. Das zeigt: Eine Regierung ist selten gut beraten, nur aus Opportunismus dem linken Zeitgeist zu folgen.

Der leichtsinnige Ausstieg aus der Kernkraft war ein besonders gravierender Irrweg. Ihre Entscheidungen haben zu Deindustrialisierung und schweren sozioökonomischen Spannungen geführt. Ein Drittel der deutschen Betriebe plant aufgrund gestiegener Energiekosten die Produktionsverlagerung ins Ausland. 176.000 Unternehmen haben 2023 aufgehört. Haben Sie das schon wieder vergessen? – Der deutsche Ausstieg aus der Kernkraft führt zusätzlich bis zum Jahr 2045 zu einem Mehrausstoß von circa einer Milliarde Tonnen CO₂.

Meine Damen und Herren, ist das grüne Politik? – Hier kommt der nächste Fehler der Staatsregierung: das Ausweichen auf unzuverlässige Energiequellen. Der Ausbau von wetterabhängiger Photovoltaik und Windenergie kann die Grundlast nicht sicherstellen. Wir brauchen die Kernkraft kurz-, mittel- und langfristig. Das ist kein Zitat von mir, sondern ein Zitat von Frankreichs Präsident Emmanuel Macron. Frankreich wird nach der Wahl am Sonntag nicht nur nach rechts gerückt, sondern wird sich auch wieder auf mehr Kernkraft konzentrieren, sich für die Energieversorgung für das eigene Land einsetzen und möglicherweise aus dem europäischen Strommarkt aussteigen.

(Widerspruch bei den GRÜNEN)

Bereiten Sie sich in der Bundesregierung bitte jetzt schon auf die ernsthaften Folgen vor.

(Beifall bei der AfD)

Doch wir in Bayern müssen jetzt und sofort das Ruder herumreißen. Die Reaktivierungen sowohl von Gundremmingen B und C als auch des Kernkraftwerks Isar 2 sind technisch machbar. Das sagt die Staatsregierung selbst auf eine Anfrage meines Landtagskollegen Florian Köhler. Ich zitiere: "Aus rein technischer Sicht wäre eine Wiederinbetriebnahme des KKI 2 aktuell noch möglich". Vor Kurzem konnte der Experte Dr. Björn Peters in der Sachverständigenanhörung des Wirtschaftsausschusses plausibel darlegen, dass die Reaktivierung des Kernkraftwerks Isar 2 technisch machbar ist und in etwa 200 Millionen Euro kostet. Das ist eine hohe Summe, aber dennoch nicht viel. Die Reaktivierung abgeschriebener Kernkraftwerke ist nämlich eine günstige Methode der Stromerzeugung in Deutschland.

Der Ab- bzw. Rückbau der Anlagen würde übrigens mehr als zehn Jahre dauern. Er wird dann unumkehrbar sein, wenn der Reaktordruckbehälter angeschnitten ist. Das bedeutet, dass die Kernkraftwerke, die ich eben schon erwähnt habe, grundsätzlich wiederherstellbar sind. Die Reaktivierung ist nicht nur technisch machbar. Sie ist auch ökonomisch sinnvoll, sicher und umweltfreundlich. Stimmen Sie daher bitte unserem Dringlichkeitsantrag zu und lassen Sie uns dadurch gemeinsam die Zukunft Bayerns sichern! – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

(Beifall bei der AfD)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Nächster Redner ist der Kollege Volker Bauer für die CSU-Fraktion.

Volker Bauer (CSU): Sehr geehrtes Präsidium, werte Kolleginnen und Kollegen! Ein- einhalb Jahre, nachdem sich die Staatsregierung und unser Ministerpräsident gegenüber der Ampel-Bundesregierung für eine Verlängerung des Betriebes von Isar 2 eingesetzt haben, kommt die AfD um die Ecke: Ja, guten Morgen!

(Beifall bei der CSU – Florian Köhler (AfD): Um die Ecke!)

– Die Strompreise sind seit 2020 gestiegen. Die Zahlen der AfD sind zwar nicht aktuell, aber seis drum.

(Zuruf des Abgeordneten Benjamin Adjei (GRÜNE))

Vergleicht man die Preise vom Juli 2020 mit denen vom Juli 2024, zahlt ein Haushalt mit 4.000 Kilowattstunden Jahresverbrauch heute je nach Vertrag 100 bis 300 Euro mehr. Wir sind daher keine Freunde der energiepolitischen Geisterfahrt der Bundesregierung. Sie belastet Familien, schädigt den Mittelstand und ist ein Nachteil für den Standort Deutschland.

(Beifall bei der CSU)

Das haben der Bayerische Ministerpräsident Markus Söder, unser Fraktionsvorsitzender Klaus Holetschek und die CSU-Landesgruppe in Berlin wiederholt klargemacht. Aber das wurde alles bereits diskutiert. Während sich diese Staatsregierung an der Zukunft orientiert, geht es der AfD einzig und allein ums Nachkarteln. Damit hat aber noch keiner einen Stich gemacht, liebe Kollegen von der AfD. Man kann zwar mal trumpfen – und ich glaube, Markus Söder hat das bei der Laufzeitverlängerung bis April 2023 sehr erfolgreich getan –, aber das geht nicht mit jedem Blatt, weil so ein Spiel auch seine Regeln hat.

Für die Abschaltung von AKWs legt das Atomgesetz diese Regeln fest. Leider kann die Staatsregierung das Atomgesetz nicht aushebeln. Mit Verlaub, Markus Söder, Hubert Aiwanger, Klaus Holetschek und Florian Streibl haben sehr viele Talente, aber als Hausbesetzer eignen sich die Regierung und die Regierungsfractionen nicht. Es stünde geltendem Recht entgegen, würden die Betreiber an ihren Rückbauverpflichtungen gehindert.

Neben dem Appell zum Rechtsbruch irritiert auch die Begründung der AfD. Der Umweltminister von Schleswig-Holstein wartet keineswegs auf ein Revival der Atomkraft

und verschleppt deshalb den Rückbau. Es ist nur so, dass keine AKW-Bestandteile in die Steppe gekippt werden dürfen. So ein Rückbau braucht seine Zeit.

Damit erklärt sich auch, warum mancherorts technisch durchaus noch etwas gedreht werden könnte. Der AfD sei an dieser Stelle der Besuch des Info-Zentrums von PreussenElektra in Grafenrheinfeld empfohlen. Dort kann man erfahren, dass jenseits der Gesetzeslage auch das Interesse der Energiekonzerne am Weiterbetrieb sehr überschaubar ist, unter anderem deshalb, weil inzwischen das Personal für den Betrieb fehlt. Dabei spreche ich gar nicht vom Kernkraftwerk Gundremmingen, dessen Rückbau schon deutlich weiter fortgeschritten ist.

Werte Kolleginnen und Kollegen, wir sind bezüglich der Sinnhaftigkeit und des Zeitpunktes des Atomausstiegs unterschiedlicher Meinung, aber jeder, der dem Ministerpräsidenten drei Sätze am Stück aufmerksam zugehört hat, erkennt, welch ein Schmarrn die Erzählung des AfD-Antrags ist. Ja, die CSU möchte spätestens 2025 wieder in der Bundesregierung sein. Aber nein, die AfD wird dieser Bundesregierung nicht angehören.

(Anna Rasehorn (SPD): Sehr gut!)

Ja, Markus Söder sprach im Jahr 2023 davon, dass das Ziel neue Kernkraftwerke seien. Aber nein, bereits seinen folgenden Sätzen ist zu entnehmen, dass es kleinere Kraftwerke mit einer ganz anderen Energieleistung und einem anderen Ausstoß von Müll sein sollen. Wir werden einen völlig neuen Weg gehen. Wir werden nicht ein paar alte Kernkraftwerke reaktivieren. Uns geht es um Zukunftstechnik, um saubere Energie und Souveränität. Wir brauchen schnelle Brüter und Reaktoren, also Zerfallswärme, statt Putin-Gas im Nahwärmenetz. Insbesondere geht es uns um die Kernfusion, bei der Bayern mit Fraunhofer schon heute weltweit dabei ist.

Wir sollten nicht über die rechte Schulter der Vergangenheit schauen, sondern Bayern mit einer sauberen und sicheren Energieversorgung von morgen gestalten. Das hat damals Franz Josef Strauß mit dem Atom-Ei so gemacht. Schon damals hat das nicht

jeder verstanden. Heute tun dies Markus Söder und Markus Blume mit dem Masterplan Kernfusion. Offensichtlich versteht das auch nicht jeder. Wir erwarten das auch gar nicht von der AfD. Von Spaltung auf Politikgestaltung umzuschalten, wäre ein allzu großer Schritt.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Daher packen wir das, was wir im Freistaat gestalten können, auch unter dem parlamentarischen Störrauschen der AfD entschlossen an, etwa mit unserem Masterplan Kernfusion. Daher fordern wir die Ampel auf, diesem Beispiel mit einer nationalen Strategie zur Kernfusion zu folgen, solange sie noch Regierungsverantwortung trägt. Wir lehnen daher den AfD-Schaufensterantrag ab, mit dem die Regierung zum Rechtsbruch statt zur Zukunftsgestaltung aufgefordert wird.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Uns liegen zwei Meldungen zu Zwischenbemerkungen vor. Die erste kommt von Herrn Abgeordneten Köhler von der AfD-Fraktion.

Florian Köhler (AfD): Sehr geehrter Herr Kollege Bauer, ich muss Ihre letzte Bemerkung zurückweisen. Das ist kein Schaufensterantrag; denn die einzige Partei, die seit Jahrzehnten permanent Schaufensterpolitik betreibt und großspurige Ankündigungen macht, denen keine Taten folgen, das ist die CSU.

(Beifall bei der AfD)

Sie haben unseren Antrag als Schmarrn bezeichnet. Könnten Sie mir vielleicht sagen, welcher Ministerpräsident seinerzeit als Minister mit Rücktritt gedroht hat, sollte die Bundesregierung, an der die CSU beteiligt war, nicht aus der Atomkraft aussteigen? – Ich gebe Ihnen einen Tipp: Er fängt mit "S" an und hört mit "öder" auf.

Volker Bauer (CSU): Lieber Herr Kollege, ich schätze die Politik der AfD so ein: Ihr würdet stillgelegte Bahnstrecken reaktivieren, wohl wissend, dass es dort keine Zugfahrer gibt. Deshalb macht das keinen gesteigerten Sinn.

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Die zweite Meldung zu einer Zwischenbemerkung kommt von Herrn Kollegen Benjamin Adjei von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Benjamin Adjei (GRÜNE): Lieber Kollege, Sie haben gesagt, dass die Energiepreise im Jahr 2024 höher seien als im Jahr 2020. Das ist unwahr. Zur Erinnerung: Im Jahr 2020 war die CSU noch in der Regierung. Damals lagen die Strompreise für kleine und mittlere Unternehmen bei 17,76 Cent pro Kilowattstunde. Sie liegen jetzt bei 17,65 Cent. Die Preise sind somit jetzt günstiger als im Jahr 2020.

Vielleicht noch eine Zahl: Im Jahr 2021 – auch damals war die CSU noch in der Bundesregierung – sind die Preise auf 21,38 Cent gestiegen. Während der Regierungszeit der Bundesregierung mit der CSU sind die Energiepreise also gestiegen. Jetzt sind sie so niedrig wie seit 2017 nicht mehr. Halten Sie Ihre unwahre Behauptung, dass wir jetzt höhere Preise hätten als im Jahr 2020, weiterhin aufrecht?

(Beifall bei den GRÜNEN)

Volker Bauer (CSU): Ich habe die Zahlen vorgetragen, die mir vorliegen. Es ist schön, dass Sie Bezugsquellen haben, wonach man die Kilowattstunde für 23 Cent bekommt. Veröffentlichen Sie diese Informationen. Dann wird es den Menschen im Freistaat Bayern noch besser gehen.

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Herr Kollege Bauer. – Der nächste Redner ist Herr Kollege Martin Stümpfig für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Martin Stümpfig (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Bei den Abgeordneten der AfD ist Hopfen und Malz verloren. Eine Auseinandersetzung mit den kruden Thesen in diesem Antrag, wonach die zwei AKWs in

wenigen Monaten wieder repariert werden könnten, dass dafür nur 200 Millionen Euro erforderlich wären und dass die Staatsregierung dies genehmigen könnte, obwohl sie dafür gar nicht zuständig ist, macht einfach keinen Sinn.

Herr Kollege Volker Bauer hat heute viele Punkte dieses AfD-Antrags aufgegriffen. Dazu muss ich sagen: Das macht mir Sorgen. Gehen Sie der AfD nicht auf den Leim.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Mein Kollege Adjei hat Ihnen gerade die Frage gestellt, wie es tatsächlich mit den Energiepreisen aussähe. Der Atomausstieg war am 15. April 2023. Die Preise sind seitdem gesunken. Wir haben niedrigere Strompreise. Das sehen wir auch an der Börse. Im ersten Halbjahr 2024 waren die Strompreise um 30 % niedriger als im ersten Halbjahr 2023. – Sie schütteln den Kopf. Sehen Sie sich doch einfach einmal die Zahlen an. Sie dürfen doch nicht nur die Endkundenpreise betrachten. Unsere Stadtwerke kaufen über einen Zeitraum von drei Jahren ein.

(Michael Hofmann (CSU): Welche Preise sollen wir uns denn anschauen? Wir sehen uns die Preise an, die die Leute bezahlen!)

Wir hatten eine Energiekrise. Jetzt sind die Preise niedriger. Das ist die klare Aussage.

Wir haben in Deutschland keine Stromverknappung. In Deutschland gibt es sehr viele Kraftwerke, mehr, als wir benötigen. Der Stromimport lag im Jahr 2023 gerade einmal bei 2 %. Wir importieren Strom, weil er in anderen Ländern billiger ist. So etwas nennt man Strommarkt.

Die drei alten AKWs, die im letzten Jahr noch bis zum 15. April in Betrieb waren, haben genau 6,7 Terawattstunden Strom erzeugt. Im gleichen Zeitraum haben wir es im Jahr 2023 geschafft, erneuerbare Energien zuzubauen, die insgesamt im ersten Halbjahr mehr als 12 Terawattstunden erzeugt haben.

(Prof. Dr. Winfried Bausback (CSU): Herr Kollege, die waren aber nicht grundlastfähig! Es geht um die Grundlastfähigkeit und auch um den Industriestrompreis!)

Wir haben also den Wegfall der Atomkraft um das Doppelte kompensiert. Hier geht es um Terawattstunden. Das bedeutet: doppelte Kompensation. Grüne Regierungspolitik wirkt.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir haben bei den erneuerbaren Energien einen enormen Schub. Heute werden 65 % der öffentlichen Stromversorgung durch erneuerbare Energien gedeckt. Wir haben einen neuen Rekord bei der Kohleverstromung erzielt; denn noch nie wurde so wenig Kohle verstromt wie im Jahr 2023 und im ersten Halbjahr 2024. Das sind Fakten. Sie von der CSU und den FREIEN WÄHLERN – die AfD beziehe ich in meine Betrachtung gar nicht mit ein – brauchen gar nicht den Kopf zu schütteln. Ich habe Ihnen die Fakten genannt. Wir haben noch nie so wenig Kohle verstromt. Deswegen halte ich ganz klar fest: Den erneuerbaren Energien gehört die Zukunft. Die Atomkraft hat hier keinen Platz mehr.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Es liegt eine Meldung zu einer Zwischenbemerkung vom Kollegen Michael Hofmann von der CSU-Fraktion vor.

Michael Hofmann (CSU): Herr Kollege Stümpfig, der Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft, BDEW, sagt Ihnen hoffentlich etwas. Er hat eine Analyse zum Strompreis veröffentlicht. Ich zitiere aus einer Grafik: Der durchschnittliche Strompreis für einen Haushalt bei 3.500 Kilowattstunden im Jahresverbrauch für das Jahr 2020 hat durchschnittlich 31,81 Cent je Kilowattstunde betragen; im Jahr 2024 betrug der Preis je Kilowattstunde 42,22 Cent. Das sind fast 11 Cent mehr je Kilowattstunde. Ich weiß nicht, woher Sie Ihre Zahlen haben.

(Zuruf von den GRÜNEN)

Ich habe Ihnen die Zahlen vom BDEW genannt. Vielleicht haben Sie ja noch aktuellere Zahlen, oder Sie sagen uns irgendetwas ganz anderes. Das sind jedenfalls die Fakten. Ich bin gespannt, wie Sie die jetzt bestreiten.

Martin Stümpfig (GRÜNE): Herr Hofmann, ich habe Sie ganz klar aufgefordert, auf die Strombörse zu schauen. Dort wird der Preis gemacht. Wir sehen – –

(Zuruf des Abgeordneten Michael Hofmann (CSU))

Wir reden jetzt darüber, ob die Atomkraft einen Einfluss hat, ja oder nein.

(Michael Hofmann (CSU): Fast 11 Cent mehr!)

Sie müssen Folgendes vergleichen: Als die Atomkraftwerke noch in Betrieb waren, hatten wir an der Börse höhere Strompreise als nach dem 15.04. Das heißt, die Atomkraft hat keinen Einfluss gehabt. Das, was Sie jetzt zitieren – –

(Zurufe der Abgeordneten Volker Bauer (CSU) und Michael Hofmann (CSU))

Sie wissen hoffentlich, dass die Stadtwerke über drei Jahre einkaufen. Ein Drittel ihres Strombedarfs kaufen sie im Jahr 2020, 2021 und 2022 ein. Mit diesem Portfolio gehen sie dann auf die Endkunden zu. Da stecken natürlich diese ganzen teuren Monate drin, in denen die Ukraine-Krise und die Energiekrise aufkamen. An diesen teuren Monaten hatten Sie einen guten Anteil, da Sie nur auf Gas gesetzt haben. Wir hatten eine massive Abhängigkeit vom Gas, sodass der Strompreis in die Höhe ging. Das sind die Zusammenhänge. Es ist alles etwas komplexer, als man das in einer Minute zusammenfassen könnte.

(Beifall bei den GRÜNEN – Zurufe der Abgeordneten Volker Bauer (CSU) und Michael Hofmann (CSU))

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Der nächste Redner ist der Kollege Martin Behringer für die Fraktion der FREIEN WÄHLER.

Martin Behringer (FREIE WÄHLER): Sehr geehrter Herr Vizepräsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Damen und Herren! Die AfD fordert mit ihrem Schaufensterantrag unter anderem den Erhalt und die Wiederinbetriebnahme der Kernkraftwerke. Sie sieht diese Maßnahmen als Wunderwaffe gegen die gestiegenen Strompreise in Deutschland an. Allein die Forderung nach einem bayerischen Alleingang beim Thema Atomenergie zeigt nicht nur die Rückständigkeit und die Innovationsfeindlichkeit der AfD im Bayerischen Landtag, sondern auch ihr fragwürdiges Rechtsverständnis.

(Lachen bei der AfD)

Würde der Freistaat Bayern Bestandserhalt betreiben, wäre das ein klarer Rechtsbruch gegenüber dem Atomgesetz des Bundes. Anstatt sich auf zukunftsweisende Technologien auf dem Energiesektor zu konzentrieren, läuft die AfD-Fraktion weiterhin der Vergangenheit hinterher.

Die Behauptung, Atomstrom sei billiger als Ökostrom, wurde bereits mehrfach von Experten widerlegt.

Mit dieser abstrusen und falschen Behauptung versucht die AfD lediglich, Stimmung für die Atomenergie zu machen. Die sich aktuell im Bau befindlichen Atomkraftwerke in England, wo sich die Baukosten mehr als verdoppelt haben – in Frankreich haben sie sich sogar vervierfacht – zeigen, dass die Kosten für diese Mammutprojekte unkalkulierbar sind und regelrecht explodieren, wodurch die Produktion von Atomstrom unrentabel wird.

(Zuruf des Abgeordneten Ulrich Singer (AfD))

Diese Beispiele zeigen, dass die Behauptungen im AfD-Antrag schlicht und einfach falsch sind. Trotz aller Sicherheitsmaßnahmen bei der Kernkraft dürfen auch die langfristigen Risiken nicht ignoriert werden. Störfälle in verheerendem Ausmaß können nicht völlig ausgeschlossen werden. Die Folgen eines Supergaus sind für Mensch und

Umwelt, wie wir an den Atomunfällen von Tschernobyl und Fukushima gesehen haben, katastrophal und machen weite Teile des Landes über Jahrhunderte hinweg unbewohnbar. Im Bayerischen Wald sind noch heute die Auswirkungen der Nuklearkatastrophe von Tschernobyl aus dem Jahr 1986 zu spüren.

Die Frage der Entsorgung des Atommülls ist ebenso ungelöst. Deutschland hat noch immer kein Endlager für hochradioaktiven Abfall gefunden. Es wäre unverantwortlich, weiter auf eine Technologie zu setzen, deren Abfall zukünftige Generationen noch lange belasten wird. Diese Verantwortung auf zukünftige Generationen abzuwälzen, ist seitens der AfD mehr als rücksichtslos. Als Vorsitzender der Bürgerinitiative gegen ein Atommüllendlager im Saldenburger Granit war ich die letzten rund 25 Jahre massiv in der Endlagerfrage engagiert. Deshalb weiß ich, wovon ich rede.

Durch die Stilllegung, den Rückbau und die Endlagerung entstehen erhebliche Kosten, die bei Weitem die vorgeschobenen wirtschaftlichen Vorteile der Kernenergie übersteigen. Die Standortsuche für ein Endlager wird noch mindestens bis zum Jahr 2050 andauern. Nach der Fertigstellung des Endlagers muss der Atommüll mindestens eine Million Jahre lang sicher verwahrt werden, um für Mensch und Umwelt unschädlich zu sein. Anscheinend ist es der AfD aber völlig egal, dass wir künftigen Generationen hochgefährlichen und strahlenden Müll hinterlassen.

Die Energiewende ist keine Sackgasse, sondern eine riesige Chance für Deutschland und für Bayern. Statt rückwärtsgewandte Technologien wiederzubeleben, investiert Bayern entschlossen in die Zukunft und den Ausbau erneuerbarer Energien und in die dazugehörigen Speicher. Es geht darum, eine nachhaltige und sichere Energieversorgung für uns alle zu gewährleisten. Erneuerbare Energien sind der Schlüssel zur Bekämpfung des Klimawandels. Dies sind Investitionen in die Zukunft, die sich auszahlen werden, und zwar nicht nur ökologisch, sondern auch ökonomisch.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir dürfen uns nicht von kurzfristigen Lösungen blenden lassen, die langfristig Probleme verursachen. Veraltete Technologien sind ein

scheinbarer Fortschritt, der uns jedoch in der Vergangenheit hält. Der Antrag der AfD führt zu einer rückschrittlichen Energiepolitik, die Umwelt und Klimaschutz vernachlässigt. Daher müssen wir den Weg der Energiewende konsequent fortsetzen und die Herausforderungen des 21. Jahrhunderts mit modernen Technologien und Ideen bewältigen. Bayern setzt auf Innovationen und Nachhaltigkeit, um ein starkes Zeichen für den Klimaschutz zu setzen und um seiner Verantwortung gegenüber zukünftigen Generationen gerecht zu werden. Es ist unser Ziel, Bayern zu einem Vorreiter für erneuerbare Energien und nachhaltige Energiepolitik zu machen. Deshalb lehnen wir den Antrag der AfD ab.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU, der GRÜNEN und der SPD)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Es gibt eine Meldung zu einer Zwischenbemerkung vom Abgeordneten Oskar Lipp von der AfD-Fraktion.

Oskar Lipp (AfD): Sehr geehrter Herr Behringer, vielen Dank für Ihre Ausführungen. Wie ich das mitbekommen habe, sind die FREIEN WÄHLER anscheinend gegen die Kernkraft. Ich habe eine Frage. Ich habe während Ihrer Rede ein bisschen auf die Homepage der FREIEN WÄHLER geschaut. Wie erklären Sie mir, dass dort eine Pressemitteilung von Rainer Ludwig veröffentlicht ist, in der steht:

"Ludwig: Jetzige Abschaltung der letzten noch betriebsfähigen Kernkraftwerke ist Krönung des grünen Wahnwitzes"

Ich kann ein bisschen weiterlesen, wenn ich noch Redezeit habe.

(Heiterkeit bei der AfD)

"Als FREIE WÄHLER-Fraktion stehen wir grundsätzlich zum Ausstieg aus der Kernkraft. Absolute Priorität hat für uns der beschleunigte Ausbau der erneuerbaren Energien, aber der jetzige Zeitpunkt zur Abschaltung und der milliardenschwere Rückbau der sicheren deutschen Reaktoren sind unverantwortlich."

Jetzt frage ich Sie: Sind Sie auch so vergesslich wie der Herr Scholz?

(Beifall bei der AfD – Zuruf des Abgeordneten Ulrich Singer (AfD))

Martin Behringer (FREIE WÄHLER): Die Einzigen, die unverantwortlich sind, sind Sie. Damals sind die Atomkraftwerke noch gelaufen; jetzt dagegen sind sie abgeschaltet. Sie von der AfD wollen sie reaktivieren. Das ist erledigt, und das ist vorbei. Das müssen Sie endlich mal akzeptieren.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Für die SPD-Fraktion hat Frau Kollegin Anna Rasehorn das Wort.

Anna Rasehorn (SPD): Liebe Kolleginnen und Kollegen der demokratischen Fraktionen! Das Rechtsaußenlager möchte das tote Pferd Atomkraft in Bayern weiterreiten. Es wird also mal wieder Zeit, mit Ihren Fake News und Ihrem Populismus aufzuräumen.

Erstens. Im Antrag steht, Kernkraft sei sicher. Die AfD scheint die Lektion aus den vergangenen Atomkatastrophen nicht gelernt zu haben. Die Namen Fukushima und Tschernobyl stehen für verheerende Unglücke, die Menschenleben gekostet haben und die Umwelt für Jahrzehnte verseucht haben. Ist das verantwortungsvoll? Sind das wirklich die Interessen der Bürgerinnen und Bürger in Bayern?

Zweitens. In dem Antrag steht, Kernkraft sei günstig. Die Wahrheit ist: Atomkraft ist nicht nur unsicher, sondern finanziell ein reiner Albtraum. Sie bleibt eine der teuersten Stromerzeugungstechnologien. Selbst die "WirtschaftsWoche" schreibt, dass Atomkraft Deutschland rund 54 Milliarden Euro mehr gekostet hat, als sie eingebracht hat. Die Produktionskosten für eine Kilowattstunde Atomstrom sind bis zu vier Mal so hoch wie die für Windkraft und Solarenergie. Deswegen wurden zum Beispiel in den USA von 2009 bis 2021 zwölf AKW wegen fehlender Wettbewerbsfähigkeit stillgelegt. Das sind nur die Produktionskosten. Herr Kollege Behringer hat auch über die Kosten für

den Rückbau der AKW und die Entsorgung des Atomkraftmülls gesprochen. Diese kommen noch on top.

Drittens. Wir können die Atomkraft weiterbetreiben. – Nein! Alle großen Energiebetreiber sagen öffentlich, dass sich das nicht mehr rentiert. Wir haben sie abgebaut. Es würde bis zu zwei Jahre dauern, sie allein durch die Prüfungen mit dem Ultraschall zu bringen, zumal die 2.000 Fachkräfte jetzt auch schon wieder neue Jobs haben.

Viertens. Eine Verlängerung würde uns Geld sparen. – Nein! Eine Laufzeitverlängerung würde enorm viel Geld verschlingen. In Frankreich hat sich gezeigt: Um einen Reaktor zehn Jahre länger laufen zu lassen, fallen im Schnitt zusätzliche Kosten von 1,7 Milliarden Euro pro Reaktor an, und das allein dafür, dass zwingend notwendige Sicherheitsüberprüfungen durchgeführt und die daraus folgenden Umbaumaßnahmen umgesetzt werden können.

Fünftens. Woher würden wir denn die Brennstäbe bekommen? – Der Markt ist leer gefegt. Nur noch Putin hat welche.

(Florian Köhler (AfD): Kanada!)

Ebenso wie beim Gas werden wir als Deutsche auch hier nicht mehr bei Putin einkaufen. Aber wie Sie zu Putin stehen, ist ja hinreichend bekannt und mittlerweile sogar Teil der Ermittlungsverfahren.

Sechstens. Atomkraft sorgt für Sicherheit; sonst gehen in Deutschland die Lichter aus. – Surprise! Die Lichter sind nicht ausgegangen, als das letzte Atomkraftwerk vom Netz ging. Wir können trotzdem weiterleben. Der Energiemarkt hat den Atomausstieg auch ohne spürbare Verwerfungen verkraftet.

(Widerspruch und Lachen bei der AfD)

Sechs Fake News innerhalb von zwei Minuten zerlegt! Ich kann weitermachen. Der Rest der Kolleg:innen ist auch schon auf sie eingegangen. Lassen Sie uns doch bitte

diesen Antrag ablehnen, weiter den Kampf gegen Fake News von rechts angehen und vor allem hier als demokratische Fraktionen für saubere Energie kämpfen! Lehnen wir diesen Schaufensterantrag bitte ab!

(Beifall bei der SPD)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Es liegt eine Meldung zu einer Zwischenbemerkung des Herrn Abgeordneten Lipp, AfD-Fraktion, vor.

Oskar Lipp (AfD): Sehr geehrte Frau Kollegin Rasehorn, Sie werfen uns hier vor, wir würden uns in eine Abhängigkeit von Russland begeben wollen. Erstens stimmt das nicht. Sieht man sich die größten Uranproduzenten an, erkennt man: Das meiste kommt aus Kasachstan, teilweise auch aus Australien, Kanada, den USA und Südamerika. Wie erklären Sie mir, dass wir uns hier in Abhängigkeiten begeben?

Zweitens bringen Sie uns in Abhängigkeiten. Wissen Sie, woher 97 % der Seltenen Erden stammen, die oft in Windkraftanlagen oder Solarmodulen stecken? – Aus China. Man sieht auch die Spannungen zwischen den USA und China. Hier wird es demnächst Handelszölle geben. Hier kommt es demnächst zum Wirtschaftskrieg. Sie bringen uns hier in Abhängigkeiten!

(Beifall bei der AfD – Benjamin Nolte (AfD): Da kommt nichts!)

Anna Rasehorn (SPD): Erstens. Ich habe über Brennstäbe gesprochen. Diese werden aus Uran hergestellt. Hier ist der größte Hersteller Russland. Die meisten Brennstäbe, die wir haben, kommen aus Russland. Deswegen habe ich gesagt, müssten wir Brennstäbe neu einkaufen, müssten wir sie von Russland kaufen. Sie sagen auf Ihren Social-Media-Kanälen selbst, dass Sie wieder Gas aus Russland haben wollen. Sie sind Freunde Putins! Sie müssen doch jetzt nicht so tun, als wären Sie es nicht.

(Zuruf des Abgeordneten Ferdinand Mang (AfD))

Natürlich müssen wir über die Seltenen Erden diskutieren – wir holen sie auch aus Afrika –, aber das bringt leider überhaupt nichts. Wenn Sie sich weiter in Ihren Fake News verstricken wollen, wünsche ich Ihnen viel Spaß dabei!

(Zuruf von der SPD: Bravo! – Beifall bei der SPD)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Frau Kollegin Rasehorn. – Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Die Aussprache ist geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung.

Wer dem Dringlichkeitsantrag der AfD-Fraktion auf Drucksache 19/2654 seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die AfD-Fraktion. Gegenstimmen! – Das sind alle anderen Fraktionen. Enthaltungen? – Keine. Damit ist der Dringlichkeitsantrag abgelehnt.